

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

letzte Woche fand am 01. und 02. Februar die erste Stadtratssitzung 2017 statt. Folgende Themen und Beschlussvorlagen standen unter anderem auf der Tagesordnung: Bestandssanierung der südlichen Stadteinfahrt/MAN-Straße, Technologie- und Gewerbepark Urbich, Maßnahmenpaket zur Erreichung der Klimaschutzziele, Wohnungspolitik neu ausrichten, Errichtung der Thüringer Gemeinschaftsschule Erfurt-Hochheim, Satzung zur Beteiligung junger Menschen in Erfurt.

Die öffentlichen Unterlagen der Stadtratssitzungen können auf der Seite <http://buergerinfo.erfurt.de/bi/si0040.php> heruntergeladen werden. Die letzte Stadtratssitzung ist unter http://buergerinfo.erfurt.de/bi/to0040.php?_ksinr=86999693 und http://buergerinfo.erfurt.de/bi/to0040.php?_ksinr=86999694 einsehbar.

Die Stadt Erfurt bietet zudem einen Videomitschnitt der letzten Stadtratssitzungen an: <http://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/stadtrat/sitzungen/index.html>

Bestandssanierung der südlichen Stadteinfahrt/Martin.-Andersen.-Nexö.-Straße

Seit Anfang der 90-er Jahre verfolgt die Stadtverwaltung und die Bürgerinitiative "Südeinfahrt und Verkehrsberuhigung M.-A.-N.-Str." das Ziel zur Umgestaltung der Südzufahrt.

Dabei fordert die Bürgerinitiative stets die vollständige Verlagerung des Straßenverkehrs in die Arndtstraße und den Rückbau der M.-A.-N.-Straße zur Anliegerstraße. Neben diesen Belangen der Anlieger sind bei der Planung u. a. auch die Interessen des Tennisclub Rot-Weiß e.V. und die der Entwicklungsgesellschaft Erfurt-Süd Am Steiger mbH sowie aufgrund der jüngsten Erkenntnisse in besonderem Maße die naturschutzrechtlichen Belange zu berücksichtigen.

Nach Jahren der Diskussion, nach vielen Bürgerversammlungen und eingereichten Stellungnahmen hat die Mehrheit des Stadtrates letztendlich für die Bestandssanierung gestimmt. Auch wir als Grüne Fraktion haben dieser Variante nach einem intensiven Abwägungsprozess zugestimmt. Folgende Gründe sind für uns von entscheidender Bedeutung:

Das Vorkommen von vielen geschützten Fledermausarten an der Arndtstraße wurde durch das 2015 vorgelegte Fledermausgutachten belegt. Daraufhin wurde nochmals geprüft, ob nicht eine Einbahnstraßen-Lösung den Artenschutz mit den Forderungen der Bürgerinitiative versöhnen könnte. Dabei wäre der Verkehr sowohl über die M.-A.-N.-Straße als auch über die Arndtstraße jeweils in eine Richtung geführt worden. Damit war die Hoffnung verbunden, den Verkehr in der M.-A.-N.- Straße zu halbieren. Auch wir haben uns in der Zwischenzeit zusätzlich schlau gemacht.

Aus Sicht des Artenschutzes lässt sich sagen, dass eine Einbahnstraße in der Arndtstraße den Artenschutz auch dann gefährdet, wenn diese Straße gar nicht verbreitert werden sollte. Alleine der zusätzliche Verkehr würde die Fledermäuse massenhaft bei ihren Beuteflügen stören und so die Arten gefährden. Diesen Standpunkt vertritt auch die Stadtverwaltung, wa-

rum sie nun den Vorschlag der Bestandssanierung eingebracht hatte. Diese Störung würde sich nochmals steigern, würde die Arndtstraße auch als Einbahnstraße verbreitert, was durchaus im Bereich des Wahrscheinlichen gelegen hätte.

Entscheidend im gesamten Planungsprozess für die bauliche Herstellung der Südeinfahrt bleiben die Regelungen aus dem BNatSchG §34 Abs. 2: "Ergibt die Prüfung der Verträglichkeit, dass das Projekt zu erheblichen Beeinträchtigungen des Gebiets in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen kann, ist es unzulässig." Abweichend davon (gemeint ist hier bei festgestellten erheblichen Beeinträchtigungen) kann gemäß § 34 Abs. 3 Nr. 1, 2 BNatSchG eine Genehmigung erfolgen, wenn das Projekt "[...] aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art, notwendig ist und zumutbare Alternativen, den mit dem Projekt verfolgten Zweck an anderer Stelle ohne oder mit geringeren Beeinträchtigungen zu erreichen, nicht gegeben sind". Dieser Tatbestand ist unserer Ansicht nach nicht erfüllt.

Uns ist bewusst, dass diese Entscheidung für die Anwohnerinnen und Anwohner eine herbe Enttäuschung und Zumutung darstellt. Es gibt aber gesetzliche Regelungen, an die wir uns als Stadtrat insgesamt und als jeweils einzelne und als Stadträte*innen zu halten haben, wie etwa das Bundesnaturschutzgesetz. Diese Gesetze können und dürfen wir nicht ignorieren und damit faktisch brechen.

Was wir aber tun können, ist Mittel und Wege zu finden, die Lärmbelastigungen abzusenken, auch und gerade dann, wenn die Messungen und Messsimulationen uns eigentlich sagen, dass die Messwerte unter dem gesetzlich Zulässigen liegen. Hier sollten wir durch etwa Flüsterasphalt, Tempo30, Pufferampel im Steiger u. ä. die Belastung für die Anwohner der M.-A.-N.-Straße spürbar reduzieren.

Technologie- und Gewerbepark Urbich

Was den geplanten Technologie- und Gewerbepark Urbich angeht, so wurden dem Stadtrat verschiedene mögliche Varianten und eine Variante des Ortsteilrats vorgelegt. Diese hatten bereits die vom Ortsteilrat und uns als Grüne Fraktion geforderte Verkleinerung und Ökologisierung des Geländes aufgegriffen. Da sowohl uns als auch dem Ortsteilrat bewusst ist, dass wir dieses Gewerbegebiet gegen die Mehrheit im Stadtrat nicht verhindern können, haben wir stets dafür gestritten, es doch zumindest deutlich zu verkleinern und die ökologischen Auflagen zu erhöhen. Diesen Forderungen ist die Stadtverwaltung nachgekommen und hat gemeinsam mit der LEG (Eigentümerin der Flächen) mehrere Alternativszenarien entwickelt. Diese Vorschläge wurden nun vom Stadtrat für die weitere Diskussion zur Kenntnis genommen und sind ab sofort die Grundlage für die künftigen Verhandlungen mit dem Ortsteilrat und der LEG.

Obwohl wir am liebsten dieses Gewerbegebiet verhindert hätten, freuen wir uns trotzdem über den bisherigen Verlauf der Debatte. Unsere Kritik wurde in großen Teilen aufgegriffen und die LEG zieht bisher mit an diesem Strang. Es wird eine deutliche Verkleinerung der bebauten Flächen (ca. -7ha) und diverse Begrünungsmaßnahmen auf dem Gelände Richtung Urbich geben.

Wir wünschen uns, dass die weiteren Verhandlungen ähnlich offen und respektvoll verlaufen – und dass sich der Ortsteil Urbich weiterhin mitgenommen und gehört fühlt.

Maßnahmenpaket zur Erreichung der Klimaschutzziele

Was (ziemlich) lange währt, wird endlich gut. Nachdem wir bereits am 07.09.2016 unseren Antrag "Maßnahmenpaket zur Erreichung der Erfurter Klimaschutzziele" im Stadtrat eingereicht haben, ist einiges passiert. Der Antrag drehte ein paar Runden durch die Fachausschüsse und wurde nach und nach zu einem rot-rot-grünem Antrag umgeschrieben. Einige Punkte wurden präzisiert (bspw. Ausbau der Radwege), andere Punkte ersetzt. Die geänderten 12 Punkte aus den Bereichen Mobilität, Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Organisation werden Erfurt helfen, den eigenen Klimaschutzziele bis 2020 und darüber hinaus näher zu kommen. Das Verdienst, diesen sehr wichtigen und klugen Antrag ausgearbeitet und mit viel Geduld und Umsicht vorangetrieben zu haben, gebührt Ludger Kanngießer und Martin Kosny von der Fraktionsgeschäftsstelle. In der Stadtratssitzung haben wir einige vernünftige Punkte zur Mobilität aus dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion in Einzelabstimmung übernommen.

Umso erstaunter waren wir dann, als sich die CDU-Fraktion bei der Endabstimmung des um ihre Punkte ergänzten Klimaschutzantrags geschlossen enthalten hat.

Wir sind jedenfalls sehr glücklich über den positiven Beschluss für mehr Klimaschutz in Erfurt und bedanken uns an dieser Stelle bei unseren Kooperationspartnern für ihre Ausdauer und Unterstützung.

Wohnungspolitik neu ausrichten

Das Thema Sozialer Wohnungsbau war uns von Anfang an sehr wichtig. Letztes Jahr wurden dazu die ersten Vorlagen von den Fraktionen DIE LINKE und SPD in die Ausschusss Diskussionen eingebracht. Nun ist daraus ein RRG-Antrag geworden, dem die Stadtratsmehrheit letzte Woche zugestimmt hatte.

Wir hätten uns durchaus einen interfraktionellen Antrag bei dieser wichtigen Thematik vorstellen können – schließlich haben auch die CDU-Fraktion und die Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten vernünftige Vorschläge eingebracht. Leider stieß dieser breite, interfraktionale Ansatz nur bei einigen RRG-Vertreter*innen auf Gegenliebe.

Der nun beschlossene Antrag umfasst folgende, weitreichende Ziele, die auch darauf abstellen, die private Bauwirtschaft beim sozialen Wohnungsbau mit einzubeziehen:

- Der Oberbürgermeister soll mit Erfurter Wohnungsbaugenossenschaften ein "Bündnis für bezahlbares Wohnen initiieren;
- Die bereits zugesagte Kappungsgrenzenverordnung für bestehende Mietverhältnisse (Reduzierung Mieterhöhung Vergleichsmiete von 20 auf 15 Prozent) für Erfurt soll in Kraft gesetzt werden; Der Oberbürgermeister soll sich hier mit dem Land verständigen;
- Die KOWO GmbH wird beauftragt, ein Sozial-Wohnungsbauprogramm aufzulegen. Zur Querfinanzierung soll sie auch hochwertigeren Wohnraum schaffen dürfen und auf Förderangebote des Bundes und/oder des Landes zurückgreifen;
- Der Stadtrat begrüßt und unterstützt das bereits vorliegende Engagement der KOWO GmbH zur Kostendeckung im Wohnungsneubau und modularen Geschosswohnungsbau;
- Alle sich in städtischer Hand befindlichen Baugrundstücke sind den Stadtrat vorzulegen; Zudem sollen die nach dem Abriss der letzten Jahre brachliegenden Grundstücke der KOWO mit einbezogen werden;

- Bei Neubauvorhaben der KOWO soll umweltfreundlich und nachhaltig gebaut werden;
- Der Oberbürgermeister soll Eckpunkte für eine Wohnungsbaustrategie vorlegen, die neben der KOWO auch private Investoren für den sozialen Wohnungsbau einbezieht;
- Schließlich soll dem Stadtrat bis Mitte 2017 ein Verfahrensvorschlag unterbreitet werden, wie eine Quote von 20 % bei Wohnungsneubauvorhaben für sozialen Wohnungsbau gesichert werden kann.

Errichtung der Thüringer Gemeinschaftsschule Erfurt-Hochheim

Die Errichtung der Thüringer Gemeinschaftsschule (TGS) in Hochheim hatte ja nun schon einen längeren Vorlauf. Wir haben uns als Grüne Fraktion zu dieser Schule bekannt – so auch bei der öffentlichen Podiumsdiskussion eine Woche vor der entscheidenden Stadtratsitzung.

Der Umbau der Schule wird im Haushalt ab 2019 verankert sein. Mit dem neuen Schuljahr 2017/2018 wird die Schulform jedoch schon dieses Jahr umgestellt.

Nun wird es darauf ankommen, den Übergang der Schulform zu einer TGS so reibungslos wie nur möglich hinzubekommen.

Wir wünschen dem Ortsteil Hochheim einen guten Start mit der neuen Schule – und uns als Teil des Stadtrats eine offene Kommunikation und Kooperation aller beteiligten Stellen. Möge die Umstellung der Schulform in Hochheim gelingen und uns Vorbild sein für die weiteren Herausforderungen im Erfurter Schulnetz.

Satzung zur Beteiligung junger Menschen in Erfurt

Die Satzung zur Beteiligung junger Menschen in Erfurt wurde einstimmig beschlossen.

Damit bekennt sich der Stadtrat zur Beteiligung junger Menschen in Erfurt und bejaht die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an der politischen Willensbildung im Rahmen der bestehenden Gesetze. Kinder und Jugendliche können ab sofort ihre Ideen und Wünsche in die Entwicklung der Stadt einbringen. Im Interesse einer gelingenden und nachhaltigen Arbeit sollen die Stadtverwaltung und der Stadtrat die Ziel- und Aufgabenstellungen der Satzung unterstützen.

Mit dieser Satzung soll eine offene und transparente Form hinsichtlich einer demokratischen Teilhabe am politischen Alltag für die jungen Menschen gewährleistet werden. Hier ist nun auch das neue Schüler*innenparlament eingebettet.

Ziel dieser Satzung ist es, die bereits vorhandenen Strukturen der Jugendhilfe, der Bildungslandschaft mit neuen Rechten und Pflichten auszustatten, die eine gelingende Implementierung, eine Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen und eine Beteiligung in die Vorgänge der Stadt Erfurt ermöglichen.

Diese Satzung haben wir vollumfänglich unterstützt, werden ihre Umsetzung fördernd begleiten und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit den jungen Menschen unserer Stadt.

Mit besten Grüßen,

Prof. Dr. Alexander Thumfart, Fraktionsvorsitzender